

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13818

"Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13818 vom 25.10.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14649 des GP vom 29.11.2016
4. Beschluss des Plenums 17/14845 vom 15.12.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)**

Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19. Oktober 2016 zur Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente weiterhin und verstärkt im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel dafür einzusetzen, dass die Versorgung durch Apotheken in Bayern so flächendeckend und wohnortnah wie bisher erhalten bleibt.

Der Landtag schätzt die Leistung der Apotheken in Bayern bei der Beratung und Gesunderhaltung der Menschen in unserem Land sehr, denn oft sind Apotheken die am besten und schnellsten erreichbaren Ratgeber in Gesundheitsfragen.

Die Staatsregierung wird zudem gebeten, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die mutmaßlichen Auswirkungen des EuGH-Urteils und gegebenenfalls erforderlich werdende Rechtsanpassungen zu berichten.

Begründung:

Rund 3.200 öffentliche Apotheken mit mehr als 25.500 Beschäftigten stellen derzeit in Bayern die flächendeckende wohnortnahe Versorgung mit Arzneimitteln sieben Tage die Woche und rund um die Uhr sicher. Die Apotheken sorgen für eine schnelle Belieferung der Bevölkerung und bieten besondere Dienstleistungen wie beispielsweise die Anfertigung spezieller Rezepturen. Das Modell der Preisgestaltung für rezeptpflichtige Medikamente in Deutschland hat sich für eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Bayern bewährt. Damit sind verschreibungspflichtige Medikamente überall für den gleichen Preis zu bekommen, Medikamente werden nicht zu teuer und Krankenkassenbeiträge bleiben bezahlbar.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat jedoch am 19. Oktober 2016 entschieden, dass die deutsche Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente gegen EU-Recht verstößt und ausländische Versandapotheken nicht der Preisbindung unterliegen. Dies kann nun zu einem vor allem für kleinere Apotheken ruinösen Preiskampf führen. Zudem sind auch deutlich erhöhte Preise im Falle von knappen Medikamenten beispielsweise bei Epidemien denkbar. Somit könnten zum einen die bayerische Apothekenlandschaft und zum anderen die Bezahlbarkeit von Medikamenten in Krisenzeiten gefährdet sein.

geschäftsführer hat einen Anstellungsvertrag, ein Vizepräsident ist von einer Landesversammlung von Delegierten demokratisch gewählt. Sie können sich alle Ihren Reim darauf machen. Jedenfalls denke ich, dass es nicht die Absicht von Herrn Stärk war, mich irgendwie zu belehren, wie Sie das vorhin ausgedrückt haben, oder zu ermahnen. Das darf ich vielleicht auch in seinem Namen ausdrücklich zurückweisen. Das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Wengert. – Nun erteile ich für die Staatsregierung Staatsminister Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Jahren in mehreren Schritten kontinuierlich die Situation der weiteren Helfer im Katastrophenschutz verbessert und die Gleichstellung, also die sogenannte Helfergleichstellung, immer weiter verbessert, und zwar in einem Ausmaße, das es so noch nie gegeben hat und wie wir es auch in vielen anderen Ländern nicht finden.

Vom Verfahren her muss ich sagen, lieber Herr Kollege Rinderspacher: Wir haben über die letzten Jahre die Rechte der Opposition immer weiter ausgebaut. Die Opposition hat großen Wert darauf gelegt, dass sie vier Wochen Zeit von der Einreichung eines Gesetzentwurfs bis zur ersten Ausschussberatung eingeräumt bekommt, um sich auf die Beratung eines Gesetzentwurfs vorbereiten zu können. Ich finde es im Hinblick auf das Verfahren in diesem Hohen Haus einen merkwürdigen Vorgang, wenn Sie jetzt, nur weil es Ihnen gerade taktisch in den Kram passt, am Tag nach der Einreichung eines Gesetzentwurfs diesen zum Gegenstand eines Dringlichkeitsantrags machen. Ich nehme das für die Staatsregierung für die Zukunft zur Kenntnis, dass die SPD-Fraktion kein Problem damit hat, innerhalb von 24 Stunden über einen Gesetzentwurf, den die Staatsregierung eingebracht hat, im Plenum zu diskutieren. Wir werden uns das gerne bei Gelegenheit zunutze machen. Ich werde meine Position in zwei Wochen bei der Ersten Lesung vortragen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13811 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung

geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13824 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Schreyer und anderer und Fraktion betreffend "Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus" auf Drucksache 17/13822 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 93. Mit Nein haben gestimmt 46. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/13812 bis 17/13814, 17/13816, 17/13818 und 17/13819 sowie auf den Drucksachen 17/13825 bis 17/13828 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Schlussbericht
des Untersuchungsausschusses
zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens
bayerischer Polizei- und Justizbehörden
einschließlich der zuständigen Staatsministerien,
der Staatskanzlei und der politischen
Entscheidungsträgerinnen und
Entscheidungsträger im Zusammenhang mit dem
Labor Schottdorf und der beim Bayerischen
Landeskriminalamt eingerichteten
Sonderkommission "Labor" und weiterer
Vorkommnisse im Zusammenhang mit
Ermittlungsverfahren gegen Dr. B. S. und andere
Beschuldigte und auf entsprechende Anzeigen
des Dr. B. S. und anderer Personen sowie bei der
Rechtsaufsicht über die Beachtung der
Vorschriften der Gebührenordnung für Ärzte und
bei der gegebenenfalls notwendigen Korrektur der
Rahmenbedingungen im selbstverwalteten
Gesundheitssystem bei der Abrechnung von**



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)
Drs. 17/13818**

**Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apothe-
ken in Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Bernhard Seidenath
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 53. Sitzung am 8. November 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 135. Sitzung am 29. November 2016 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)

Drs. 17/13818, 17/14649

Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19. Oktober 2016 zur Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente weiterhin und verstärkt im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel dafür einzusetzen, dass die Versorgung durch Apotheken in Bayern so flächendeckend und wohnortnah wie bisher erhalten bleibt.

Der Landtag schätzt die Leistung der Apotheken in Bayern bei der Beratung und Gesunderhaltung der Menschen in unserem Land sehr, denn oft sind Apotheken die am besten und schnellsten erreichbaren Ratgeber in Gesundheitsfragen.

Die Staatsregierung wird zudem gebeten, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die mutmaßlichen Auswirkungen des EuGH-Urteils und gegebenenfalls erforderlich werdende Rechtsanpassungen zu berichten.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor wir abstimmen, weise ich noch auf Folgendes hin: Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat in seiner Sitzung am 13. Dezember die an Nummer 3 stehende Verfassungsstreitigkeit zum Volksbegehr "Nein zu CETA!" beraten und seine Beschlussempfehlung hierzu auf Drucksache 17/14778 abgegeben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat gestern die Beratungen zu den Listennummern 16 bis 19 abgeschlossen und ebenfalls seine Beschlussempfehlungen abgegeben. Die Voten sind in der für Sie aufgelegten Liste enthalten. Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 13)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte–
COM (2016) 127 final
BR-Drs. 116/16
Drs. 17/12329, 17/14659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beschäftigung und Soziales, Wirtschaft und Finanzen:
Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte
08.03.2016 – 31.12.2016
Drs. 17/12534, 17/14652 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Verfassungsstreitigkeit

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2016 (Vf. 60-IX-16) betreffend Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 23. November 2016 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Nein zu CETA!“
PII/G1310.16-0011
Drs. 17/14778

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. SPD
Barrierefreiheit in Arztpraxen realisieren
Drs. 17/11622, 17/14648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zur Lage der Frauen im Kunst- und Kulturbereich
Drs. 17/12412, 17/14504 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Verbesserung der Schwerbehindertenrechte in Zügen der DB AG
und ihrer Wettbewerber
Drs. 17/12596, 17/14667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilhabe und Selbstbestimmung garantieren –
Armut verhindern: für ein gutes Bundesteilhabegesetz!
Drs. 17/12618, 17/14683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer,
Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)
Bessere Teilhabe jetzt!
Drs. 17/12629, 17/14684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Für ein verbessertes Bundesteilhabegesetz
Drs. 17/13088, 17/14685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll,
Margit Wild u.a. SPD
Angebote für Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund an Gymnasium
und Realschule aufstocken beziehungsweise schaffen
Drs. 17/13212, 17/14644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Freie Fahrt für Carsharing-Projekte –
Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich!
Drs. 17/13499, 17/14668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern
Drs. 17/13710, 17/14645 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)
Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern
Drs. 17/13818, 17/14649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnortnahe Versorgung mit Apotheken sicherstellen
Drs. 17/13827, 17/14650 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pilotprojekt zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
Drs. 17/14164, 17/14646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU
Elektronische Semesterapparate: Urheberrechte schützen, Bürokratie vermeiden!
Drs. 17/14508, 17/14785 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern
Drs. 17/14639, 17/14788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zeitgemäße Studienbedingungen nicht verhindern:
Digitale Lehre und Forschung unterstützen!
Drs. 17/14665, 17/14787 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unirahmenvertrag zum Urheberrecht reformieren –
Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen
Drs. 17/14666, 17/14786 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkung der Neuausrichtung von Air Berlin auf den Flughafen Nürnberg
Drs. 17/13695, 17/14669 (E)

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Kahlschlag bei Bayerns Försterinnen und Förstern umgehend beenden –
Kommunen in der Bewirtschaftung der Wälder weiterhin unterstützen
Drs. 17/13030, 17/14686 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**

der den Antrag für erledigt erklärt hat.